



November 09

Quickfax

Syndicat des P&T

b.p. 623 –L-2016 Luxembourg

<http://syndicat.pt.lu>

Seit dem 2. November 2009 greift die Postdivision des P&T-Unternehmens auf

Leiharbeiter

zurück, um Briefträger, die für längere Zeit krank gemeldet sind, zu ersetzen.

Die Leiharbeiterfirma Tempo-Team entsendet demzufolge einige seiner Leiharbeiter in den Postbetrieb um zeitweilig, je nach Bedarf, Briefträgereundgänge zu übernehmen.

Um diesen Rückgriff auf externe Arbeitskräfte zu begründen, beruft sich das Direktionskomitee auf Abwesenheiten von Briefträgern (wegen Krankenurlaub, Sportunfälle, Behinderungen, usw.). Um negative Auswirkungen, sowohl für die Kunden, als auch für das Personal, zu verhindern, sehe sich das P&T-Unternehmen dringend genötigt Maßnahmen zu ergreifen, die „ökonomisch annehmbar“ sind.

Laut Gesetz kann aber der Lohn eines Leiharbeiters nicht geringer sein als jener eines Arbeiters, der mit gleicher Qualifikation und unter gleichen Bedingungen dauerhaft eingestellt ist so, dass unter Bezugnahme des Gewinnes der Leiharbeiterfirma ein Leiharbeiter teurer zu stehen kommt als derjenige, den er ersetzt. Daraus ergibt sich, dass das für das P&T-Unternehmen „ökonomisch Annehmbare“ darin besteht, Leiharbeiter ohne Arbeitsverträge zu verpflichten. So kann man sie von heute auf morgen zurückschicken.

Was die angegebenen Beweggründe angeht, um auf Leiharbeiter zurückgreifen zu können, so verschweigt das Direktionskomitee, dass seit Jahren kein Briefträger mehr eingestellt wurde, sogar nicht um die Abgänge zu ersetzen, so dass vorwiegend die freien Stellen (und nicht die Krankmeldungen) und der sich daraus ergebende Personalmangel die Gründe sind für den katastrophalen Rückgang der Qualität der Dienstleistungen. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (Stress, doppelte Rundgänge, Überstunden) so wie die daraus resultierenden Krankheiten, sind nur die logische Folge des besagten Personalmangels und einer verheerenden Personalpolitik.

Demzufolge fällt der Rückgang der Qualität der Dienstleistungen auf ein katastrophales Niveau in die alleinige Verantwortung des Direktionskomitees.

Die Personalvertreter haben, seit Jahren, auf die Risiken des Personalmangels aufmerksam gemacht. Ihre Forderung, wenigstens die natürlichen Abgänge zu ersetzen, wurde stets zurückgewiesen, mit dem Argument, in Hinblick auf die Postliberalisierung 2013, müssten die Gehälter der zukünftigen Briefträger verringert werden, und bevor eine Entscheidung getroffen sei über das zukünftige Statut und das Gehalt eines neuen Briefträgers, könnte es keine Einstellungen zu den jetzigen Bedingungen mehr geben.

Erst nach Beschwerden von Kunden, der Presse, und einer parlamentarischen Anfrage in Bezug auf die schwindende Dienstleistungsqualität, sah sich das Direktionskomitee genötigt dringend Maßnahmen zu ergreifen.

Das Direktionskomitee hat also abgewartet, bis die Lage so verfahren war, um überstürzt eine Lösung vorzuschlagen, die man nicht befürworten, aber, unter den gegebenen Umständen, auch nicht verweigern kann.

Das Postsyndikat musste also, gegen seinen Willen, den Vorschlag annehmen, um endlich, und schnellstmöglich, die Überbelastung der Briefträger zu verringern, und die Zufriedenheit der Postkunden wieder herzustellen.

Das Postsyndikat konnte aber durchsetzen, dass das Direktionskomitee sich verpflichtet diese Maßnahme als zeitlich begrenzte Übergangsmaßnahme einzusetzen, die in keinem Fall eine Vorentscheidung darstellt bei der Suche nach einer Lösung um den Postbetrieb im Rahmen der Postliberalisierung konkurrenzfähig zu halten.

In diesem Zusammenhang erinnert das Postsyndikat an seine Forderung (siehe Postfax n°44) die zukünftigen Briefträger unter dem Statut eines öffentlichen Angestellten (employé public) einzustellen. Die sich daraus ergebenden Einsparungen müssten es dem P&T-Unternehmen erlauben, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Am 10. November trifft sich das Postsyndikat mit dem Kommunikationsminister, Herr François Biltgen, um die Umsetzung der Postrichtlinie in das luxemburgische Recht zu besprechen. Dieses Treffen ist äußerst wichtig, da der gesetzliche Rahmen für die Marktöffnung entscheidend für die zukünftigen Arbeitsbedingungen sein wird, sowohl für das sich im Dienst befindliche, wie für das zukünftige Postpersonal.

Nach dieser Unterredung müssen die Besprechungen zwischen dem Postsyndikat und dem Direktionskomitee fortgeführt werden. **Sollte das Direktionskomitee sich weiter auf seine unnachgiebige Haltung versteifen, so würde dies unausweichlich einen schwerwiegenden Sozialkonflikt verursachen.**